



Pressemitteilung

Berlin, 28. August 2012
Seite 1 von 1

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

INTERNET www.bmwi.de

Pressestelle

TEL +49 30 18615 6121 und 6131

FAX +49 30 18615 7020

E-MAIL pressestelle@bmwi.bund.de

Rösler: Stabiler Euro und freier Handel entscheidende Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, hat heute in Berlin in seiner Rede zur Eröffnung des Wirtschaftstages der 11. Botschafterkonferenz des Auswärtigen Amtes dazu aufgefordert, Europa zu einer Stabilitätsunion zu entwickeln und dem weltweit um sich greifenden Protektionismus den Kampf anzusagen.

Bundesminister Rösler: „Die Europäische Union wird sich gegenüber anderen Wirtschaftsmächten wie den USA und China langfristig nur dann behaupten, wenn sich seine Mitgliedstaaten klar zu einer Stabilitätsunion bekennen. Nur so können Vertrauen in den Wirtschafts- und Investitionsstandort Europa gestärkt sowie echte Impulse für Wachstum und Beschäftigung gesetzt werden. Handeln und Haften haben sich in den vergangenen Jahren immer weiter voneinander entfernt. Wir müssen diese untrennbaren Grundprinzipien wieder zusammenführen. Hierzu brauchen wir ein klares und verlässliches europäisches Regelwerk.

Die soziale Marktwirtschaft, die Deutschlands wirtschaftlichen Erfolg ausmacht, kann auch Europa zu neuer wirtschaftlicher Stärke verhelfen. Hierzu gehört auch ein klares Bekenntnis zu offenen Märkten. Deshalb müssen wir wachstumsfeindlichen protektionistischen Tendenzen entschlossen entgegentreten und die Marktöffnung für Waren und Dienstleistungen konsequent voranbringen. Freihandelsabkommen sind ein wichtiges Instrument hierfür. Solange die Doha-Runde nur schleppend vorankommt, bleiben sie für weitere Handelserleichterungen unverzichtbar.“

Der heutige Wirtschaftstag, der im Rahmen der jährlichen Botschafterkonferenz des Auswärtigen Amtes stattfindet, wird in Zusammenarbeit mit dem BMWi, den Regionalorganisationen und den Wirtschaftsverbänden veranstaltet. Er richtet sich an die Repräsentanten deutscher Unternehmen und Institutionen der deutschen Wirtschaft und soll den Meinungsaustausch zwischen Wirtschaft und Politik voranbringen.